

**Bezirksverordnetenversammlung
Lichtenberg von Berlin
Vorsteher, Herrn Bosse
Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU,
Bündnis 90/Die Grünen
Bezirksverordnete der FDP, WAS-B und NPD**

**Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
DS/1898/VI – Die Entwicklungen zum Bürgerhaushalt in Lichtenberg**

Für das Haushaltsjahr 2007 startete in Lichtenberg der erste Bürgerhaushalt. Nun befinden wir uns bereits in der sechsten Runde. Was hat sich seit dem verändert und wie wird es weiter gehen?

Das Bezirksamt wird um folgende Auskunft gebeten:

Der Prozess

1. Welche Bedeutung hat der Bürgerhaushalt im Rahmen des Prozesses „Lichtenberg - Auf dem Weg zur Bürgerkommune“?
2. Die Rahmenkonzeptionen wurden jedes Jahr angepasst. Welche Veränderungen gab es seit dem ersten Bürgerhaushalt in Lichtenberg? Wie hat sich die Einbeziehung der gesellschaftlichen Akteure entwickelt?
3. Welche Aufgabe und Rolle hat das Begleitgremium in dem Prozess?
4. Wie erfolgte die interne und externe Evaluation des Bürgerhaushaltes und mit welchen Ergebnissen?
5. Auch die Verwaltung musste sich dem Prozess annähern. Welche Entwicklungen gab es seit dem in der Verwaltung? Welche Schulungen wurden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit gestellt und wie war die Resonanz?

Statistik

6. Wie viele Menschen beteiligten sich in den jeweiligen Jahren auf den unterschiedlichen Wegen wie Internet, Stadtteilkonferenzen (einschl. Mini-Veranstaltungen), Haushaltsbefragungen und am Votierungstag?
7. Spiegelt sich in der Beteiligung die Sozialstruktur des Bezirkes wieder?
8. Wie bewertet das Bezirksamt diese Beteiligung?

Finanzen

9. Wie viele bezirkliche finanzielle Mittel wurden für die Entwicklung und die Umsetzung des Prozesses verwendet?
10. Wurden mit dem Bürgerhaushalt tatsächlich Haushaltsmittel zwischen den Themenbereichen umverteilt? Wenn ja, wie viel und in welchen, aufgeteilt nach Haushaltsjahren?
11. Wie bewertet das Bezirksamt diese Umverteilung?

Vorschläge

12. Welche Vorschläge sind in den jeweiligen Jahren gemacht worden? Bitte aufschlüsseln nach Jahren und Sachgebieten.
13. Welche davon wurden zur Umsetzung von der BVV beschlossen?
14. Welche Vorschläge wurden umgesetzt und wie?
15. Welche Vorschläge konnten aus welchen Gründen nicht umgesetzt werden?
16. Wie bewertet das Bezirksamt den Grad und die Qualität der Umsetzung?

Vorschau

17. Wie bewertet das Bezirksamt die Entwicklungen rund um den Bürgerhaushalt in Lichtenberg?
18. Welche Veränderungen werden in den nächsten Jahren angestrebt?

Hierzu berichtet das Bezirksamt

Der Prozess

zu 1.

Welche Bedeutung hat der Bürgerhaushalt im Rahmen des Prozesses „Lichtenberg - Auf dem Weg zur Bürgerkommune“?

Im Rahmen der Gemeinwesenaktivitäten unter der Zielsetzung „Lichtenberg auf dem Weg zur Bürgerkommune“ sollen das bürgerschaftliche Engagement gefördert, soziale und kulturelle Angebote von öffentlicher Hand und freien Trägern vernetzt sowie das stadtteilbezogene Handeln der Verwaltung gestärkt werden.

Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung haben nach ausführlicher Diskussion vier Leitziele für den Bezirk verabschiedet. Die Leitziele sind jeweils durch Einzelziele unteretzt und bilden die Grundlage für die Fach- und Ressourcenplanungen sowie das Verwaltungshandeln.

- **Wir sind der kinder- und familienfreundliche Bezirk**
- **Wir fördern Vielfalt und Chancengleichheit**
- **Wir sind eine innovative Verwaltung und setzen Ressourcen effektiv ein**
- **Wir entwickeln Lichtenberg zur Bürgerkommune**
 - Wir nutzen die vielfältigen Kompetenzen der Bevölkerung im Rahmen einer umfassenden Bürgerbeteiligung.

- Wir unterstützen bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit.
- Wir fördern die Motivation und Qualifikation der Bürgerinnen und Bürger, um ihre Bereitschaft und Möglichkeit zur Mitbestimmung zu stärken.
- Wir streben danach, bürgerschaftliche Partizipationsräume nachhaltig zu erhalten und zu erweitern.
- Wir setzen uns für ein sinnvolles Zusammenwirken von Politik, Bürgerschaft und Verwaltung ein.
- Wir erwarten von den Bürgerinnen und Bürgern die Übernahme von Verantwortung und die Bereitschaft zum Engagement für kommunale Belange.

Aus diesen Leitzielvorgaben ergeben sich für Politik und Verwaltung folgende Handlungsstrategien:

- Umfassende Einbeziehung der Bürgerschaft in kommunale Entscheidungen
- transparentes Handeln der Verwaltung
- Verstärkte Verknüpfung bürgerschaftlichen Engagements mit kommunalem Handeln
- Verstärkte Stadtteilorientierung im Handeln der Verwaltung durch Schaffung der dafür notwendigen Strukturen (Stadtteilmanagement, lokale Netzwerke freier Träger)
- Unterstützung und Förderung einer verstärkten Selbstorganisation der Bürgerschaft
- Erarbeitung integrierter Stadtteilentwicklungsziele

Der Bürgerhaushalt soll aufgrund der aktiven Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung und Haushaltskontrolle einen effizienteren und effektiveren Einsatz der Ressourcen bewirken, insbesondere sollen die nur begrenzt verfügbaren Mittel aufgrund sorgfältiger Prioritätenabwägung und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend eingesetzt werden. Das schließt Vorschläge und Empfehlungen zu Minderausstattungen ein. Die öffentliche Auseinandersetzung über Bedarfe und Ressourcen einerseits, die Transparenz der Haushaltsentscheidungen andererseits ermöglicht einen Informationsgewinn sowohl bei den Entscheidungsträgern als auch bei beteiligten Bürgerinnen und Bürgern, Ressourcenbündelung durch Planungsvernetzung, Wirksamkeitsdialog und kleinräumliche Steuerung des Mitteleinsatzes.

Der Bürgerhaushalt ist somit ein wesentlicher Baustein der Entwicklung Lichtenbergs zur Bürgerkommune:

- Die Partizipation befördert zugleich die Entwicklung der Stadtteile und die Realisierung der bezirklichen Leitziele.
- Soziale und kulturelle Angebote von öffentlicher Hand und freien Trägern sind vernetzt und aufeinander abgestimmt.
- Das bürgerschaftliche Engagement wird gefördert.
- Das stadtteilbezogene Handeln der Verwaltung wird gestärkt.
- Die Partizipation wird für jeden Stadtteil und den Bezirk insgesamt durchgeführt.

zu 2. und 4.

Die Rahmenkonzeptionen wurden jedes Jahr angepasst. Welche Veränderungen gab es seit dem ersten Bürgerhaushalt in Lichtenberg?

Wie hat sich die Einbeziehung der gesellschaftlichen Akteure entwickelt?

Wie erfolgte die interne und externe Evaluation des Bürgerhaushaltes und mit welchen Ergebnissen?

Der „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“ wurde in den Jahren 2004/2005 unter breiter Beteiligung von Politik, Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung sowie unter Moderation und inhaltlicher Begleitung der Bundeszentrale für politische Bildung konzipiert.

Charakteristische und bis dato geltende Merkmale des Lichtenberger Bürgerhaushaltes sind:

- der parteiübergreifende Konsens, das Engagement der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger zu befördern,

- die Bürgerbeteiligung an allen Aufgaben und Ausgaben zu eröffnen, die vom Bezirksamt und der BVV selbst beeinflusst werden können,
- einen niedrigschwelligen Zugang zu gewährleisten mit dem Ziel, alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Beruf und Herkunft zu erreichen und zu integrieren,
- die Beteiligung auf drei Wegen
 - schriftlich
 - Stadtteildialog vor Ort
 - Internetdialog
 zu ermöglichen.
- die Beteiligung sowohl stadtteil- bzw. wohnumfeldbezogen als auch für den gesamten Bezirk in einem Zeitraum durchzuführen, zu dem sich weder das Bezirksamt noch die BVV mit Eckdaten der Haushaltsplanung befassen
- Bewertung und Priorisierung von Vorschlägen zum Haushalt durch die Bürgerinnen und Bürger
- öffentliche Rechenschaftslegung durch BVV und Bezirksamt.

Die vorgenannten Merkmale sind nicht nur charakteristisch für den Lichtenberger Bürgerhaushalt, sie sorgen auch für Nachhaltigkeit und Akzeptanz.

Innerhalb dieses Rahmens hat es jedoch zahlreiche Anpassungen und Änderungen im Verfahren gegeben, jedoch stets als Ergebnis von Evaluationen und immer mit dem Ziel, Transparenz und Akzeptanz zu verbessern.

Für die Pilotphase des Bürgerhaushaltes Lichtenberg hat es in den Jahren 2005/06 begleitende, externe Evaluationen durch folgende wissenschaftliche Institutionen gegeben:

- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Uni. - Prof. Dr. Klages),
- Deutsches Institut für Urbanistik (Rüdiger Knipp) und Fraunhofer Institut Autonome Intelligente Systeme (AIS) (Dr. Oliver Märker und Stefanie Roeder)
- Bundeszentrale für politische Bildung
- FHVR Berlin (Prof. Dr. Bücken-Gärtner) und FHTW Berlin (Prof. Dr. Röber)

Seit 2007 gehört die Beteiligung der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger zu den Regelaufgaben der Lichtenberger Bezirksverwaltung und das Verfahren wird regelmäßig in jedem Jahr nach Abschluss des Prozesses in einem für alle Bürgerinnen und Bürger, beteiligten Akteure, Verwaltung und Politik offenen Evaluations-Workshop ausgewertet.

Der Evaluations-Workshop dient der Auswertung des Gesamtprozesses, der Beurteilung von Einzelmodulen insbesondere auf deren Effizienz hin und im Ergebnis der Anpassung des Verfahrens an individuelle Gegebenheiten.

Durch die im jeweiligen Workshop gewonnenen Erkenntnisse wurden in jedem Bürgerhaushaltsprozess wichtige Neuerungen auf den Weg gebracht:

Veränderungen hat es insbesondere bei der Ausgestaltung der 3 Beteiligungswege gegeben.

Anpassungen zum Bürgerhaushalt 2008

- Einführung des Tracking-Nummern Systems. Dieses Verfahren ermöglicht es, den Werdegang eines Vorschlags von der Einreichung bis zur Umsetzung nachzuvollziehen.
- Bildung des Begleitgremiums

Anpassungen zum Bürgerhaushalt 2009

- Verstärkte Dezentralisierung der Beteiligung und Verzahnung mit der Stadtteilarbeit, insbesondere eine Stadtteilkonferenz in jedem der 13 Stadtteile statt bisher 5 Bürgerversammlungen in den Mittelbereichen
- Darstellung von Stadtteilentwicklungszielen und Produktbudgets nach Stadtteilen
- Einbindung von Trägern der Stadtteilarbeit/Soziokulturelle Zentren in Organisation und Durchführung des Prozesses
- keine stadtteilübergreifende Zusammenfassung von Vorschlägen
- TOP 5 aus jedem Stadtteil und TOP 10 aus dem Internet (statt bisher TOP 20 für den gesamten Bezirk)
- Aufhebung der Altersgrenze von 14 Jahren zur Legitimation

Anpassungen zum Bürgerhaushalt 2010

- Keine Abschlussveranstaltung mehr zum Votieren
- Projekte, die der Stadtteilarbeit und der Entwicklung der Stadtteilziele dienen, werden mit einbezogen
- Keine Zusammenfassung der Vorschläge durch ein Redaktionsteam
- Stadtteilbezogene Haushaltebefragung mit 2 Listen (Liste 1 - Internet; Liste 2 – Vorschläge aus der jeweiligen Stadtteilkonferenz)
- Anzahl angeschriebener Haushalte zur Haushaltebefragung: 25.000 (statt bisher 5.000 bzw. 6.000)

Anpassungen zum Bürgerhaushalt 2011

- Zentraler Votierungstag
- 14 Stadtteilkonferenzen (räumliche Entzerrung in den Dörfern)
- Flyer in russisch und vietnamesisch
- Broschüre in englischer und in russischer Version im Internet abrufbar
- Einbeziehung des öffentlichen Straßenlandes in die Beteiligung
- Konzeptentwicklung zum Kiezfonds
- Neugestaltung des Internetportals
- verständlichere Darstellung der umgesetzten Vorschläge

Anpassungen zum Bürgerhaushalt 2012

- Weitere räumliche und zeitliche Entzerrung des Beteiligungsprozesses durch wohnumfeld- und zielgruppenbezogene Veranstaltungen in den Monaten April bis Juli eines Jahres
- Organisation der Veranstaltungen in den Stadtteilen durch die Stadtteilzentren
- Einsparpunkt zum Votieren auf Themenbereich
- Haushalteabstimmung auch Online möglich
- Einführung Kiezfonds und Bewilligung von Mitteln für stadtteilbezogene Kleinprojekte durch eine Bürgerjury in jedem Stadtteil

Wie hat sich die Einbeziehung der gesellschaftlichen Akteure entwickelt?

Ein Markenzeichen des Lichtenberger Bürgerhaushaltes ist der niedrighschwellige Zugang. Teilnahmeberechtigt ist, wer in Lichtenberg wohnt und/oder arbeitet. Es gibt keine Altersgrenze – und zwar weder nach unten noch nach oben. Die Teilnahmeberechtigung ist auch nicht abhängig von etwaiger Wahlberechtigung, so dass auch Migrantinnen und Migranten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus mitmachen können. Niedrighschwelligkeit bedeutet aber auch, dass etwaige Funktionen oder Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden oder Parteien oder sonstigen Organisationen nicht hinterfragt werden.

Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich, weil sie Interesse an der Partizipation haben und nicht weil sie organisierte Interessen einbringen wollen.

zu 3.

Welche Aufgabe und Rolle hat das Begleitgremium in dem Prozess?

Aufgabe des Begleitgremiums ist es den Gesamtprozess Bürgerhaushalt zu beobachten, Veränderungen/Verbesserungen anzuregen und ggf. Arbeitsaufträge an die Bezirksverwaltung zu initiieren.

Laut Geschäftsordnung des Begleitgremiums vom 09.01.2007 formulieren sich folgende konkrete Aufgaben:

- Einbindung der und Rückkopplung zur politischen Ebene.
- Einbindung der und Rückkopplung zu den freien Trägern und Vereinen.
- Nimmt Ergebnisse der beratenden Mitglieder entgegen und entscheidet über Beschlussanträge.
- Legt das jeweils weitere Verfahren fest.
- Gewährleistet konkrete Arbeitsergebnisse.
- Mitverantwortlich für die Akzeptanzsicherung.
- Mitverantwortlich für Realisierung der kommenden Bürgerhaushalte.

zu 5.

Auch die Verwaltung musste sich dem Prozess annähern. Welche Entwicklungen gab es seit dem in der Verwaltung? Welche Schulungen wurden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereit gestellt und wie war die Resonanz?

Bereits in der Konzeptionsphase zum Pilotprojekt Bürgerhaushalt Lichtenberg 2007 waren Verwaltungsmitarbeiter/innen mit im Boot. Im Projektteam waren neben organisierter Bürgerschaft und Politik eben auch Vertreter/innen der Verwaltung vertreten.

Die Arbeit der Redaktionsteams (2007/2008/2009) wurde von Verwaltungsmitarbeitern/innen beratend begleitet.

Alle Veranstaltungen (Bürgerversammlungen/Stadtteilkonferenzen/Abschlussveranstaltungen) wurden und werden von fachkompetenten Mitarbeitern/innen, der im Bürgerhaushalt involvierten Themenbereiche, begleitet.

Bürgerhaushalt ist Regelaufgabe der Lichtenberger Bezirksverwaltung.

Folgende konkrete Schulungen wurden durchgeführt:

- Multiplikatorenschulungen für Mitarbeiter/innen der Verwaltung und soziokultureller Zentren - Dezember 2004 (umfassender Teilnehmerkreis aus der ganzen Bezirksverwaltung)
- Moderatorenschulung für Mitarbeiter/innen der Verwaltung und soziokultureller Zentren (jetzt Stadtteilzentren) - August 2005
- Schulung zum Verfahren Bürgerhaushalt und seiner Inhalte insbesondere für Mitarbeiter/innen der im Bürgerhaushalt involvierten Themenbereiche - September 2008
- Moderatorenschulung für soziokulturelle Zentren (jetzt Stadtteilzentren)- Mai 2008

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung erfolgt stets im Zusammenspiel von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, sie ist deshalb zugleich auch verbunden mit Personal- und Organisationsentwicklung. Verwaltung erlebt Bürgerinnen und

Bürger nicht mehr ausschließlich als Antragsteller oder Kunde, sondern als Kooperationspartner.

Statistik

zu 6.

Wie viele Menschen beteiligten sich in den jeweiligen Jahren auf den unterschiedlichen Wegen wie Internet, Stadtteilkonferenzen (einschl. Mini-Veranstaltungen), Haushaltsbefragungen und am Votierungstag?

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bürgerhaushalt						
Bürgerversammlungen/ Stadtteilkonferenzen	1.324	785	1.004	1.631	1.069	1.211
Internet	541	2.583	2.767	2.656	2.935	3.164
Votierungstag					2.536	2.315
Haushaltsbefragung	763	772	379	1289	1.590	1.299
Zahl der Beteiligten insgesamt	4.048	4.140	4.150	5.576	8.130	7.989

Das Bezirksamt verweist für ausführlichere Angaben auf die im Internet unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de unter dem Button „Informieren/Downloads“ jederzeit einsehbaren, umfassenden Informationen, insbesondere die „Daten und Fakten zum Bürgerhaushalt“ (2007-2012).

zu 7.

Spiegelt sich in der Beteiligung die Sozialstruktur des Bezirkes wieder?

Das Bezirksamt verweist auf die Ausführungen zur Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure. Der gesellschaftliche Status ist kein Kriterium für die Teilnahmeberechtigung und wird deshalb auch nicht hinterfragt. Das Bezirksamt möchte auch keine unnötigen Hürden, die durch eine derartige Befragung zwangsläufig errichtet werden müssten, aufbauen. Das Bezirksamt strebt vielmehr an, durch Informationen und Werbung z.B. auch in russischer und vietnamesischer Sprache Hindernisse abzubauen, um allen Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialem Status oder Herkunft die Teilnahme zu ermöglichen.

zu 8.

Wie bewertet das Bezirksamt diese Beteiligung?

Das Bezirksamt Lichtenberg setzt bei der Betrachtung der Beteiligung die Priorität auf die Qualität des Engagements. Wichtig ist die Diskussion der Bürgerinnen und Bürger untereinander und mit Vertretern der Politik über Prioritätensetzungen im Rahmen knapper Ressourcen. Insofern werden keine quantitativen Zielmarken gesetzt. Das Bezirksamt ist jedoch der festen Überzeugung, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in dem Maße steigt, in dem spürbar wird, dass die Vorschläge durch Politik und Verwaltung ernst

genommen werden, dass Rechenschaft abgelegt wird, dass über die Umsetzung verständlich und nachvollziehbar berichtet wird.

Die Gesamtbeteiligung ist über die Jahre kontinuierlich gewachsen, die Zahl der Teilnehmer/innen hat sich von 4.000 auf 8.000 verdoppelt.

Die Beteiligungsquote betrug beim ersten Durchlauf 1,6 %, nach sechs Durchläufen beträgt sie 3,2 % (bezogen auf die Einwohnerzahl Lichtenbergs von 251.626).

Finanzen

zu 9.

Wie viele bezirkliche finanzielle Mittel wurden für die Entwicklung und die Umsetzung des Prozesses verwendet?

Jahr	2005 (in €)	2006 (in €)	2007 (in €)	2008 (in €)	2009 (in €)	2010 (in €)
Informationsmaterial (Broschüren, Flyer, Plakate etc.)		21.668,13	15.197,89	9.555,70	10.439,87	9.044,00
Internet	21.887,81	38.427,90	21.065,52	38.709,32	25.489,80	23.335,90
Kosten für Stadtteilkonferenzen /Bürgerversammlung en (Miete, Material), Votierungstag		290,00	2.162,72	555,20	7.558,19	607,97
Haushalteabstimmu ng		20.339,75	7.255,26	22.500,00	31.031,88	6.556,69
Kosten gesamt	21.887,81	80.725,78	45.681,39	71.320,22	74.519,74	39.544,56

zu 10. und 11.

Wurden mit dem Bürgerhaushalt tatsächlich Haushaltsmittel zwischen den Themenbereichen umverteilt? Wenn ja, wie viel und in welchen, aufgeteilt nach Haushaltsjahren?

Wie bewertet das Bezirksamt diese Umverteilung?

Eine Umverteilung setzt zwingend voraus, dass bereits eine vorhergehende Aufteilung stattgefunden hat. Von einer Umverteilung könnte nur gesprochen werden, wenn Bezirksamt und BVV bereits Eckwerte für den Haushaltsplan festgesetzt hätten, bevor die Bürgerbeteiligung erfolgt. In zahlreichen Städten und Gemeinden mit Bürgerhaushalt erfolgt die Beteiligung in anderer Reihenfolge. Die Unterschiede werden in folgender tabellarischer Darstellung deutlich:

	Lichtenberg	Bürgerhaushalte mit Umverteilung
1. Schritt	Bürger/innen bringen Vorschläge zum Haushalt ein und setzen Prioritäten	Stadtverordnetenversammlung beschließt Eckwerte des Haushaltsplans mit konkreten Ansatzbildungen und Erläuterungen der beabsichtigten Mittelverwendung
2. Schritt	BVV entscheidet, welche Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsplanung aufgenommen werden sollen.	Bürger/innen werden über die Eckwerte informiert und können Vorschläge einbringen, welche Veränderungen der Mittelverteilung sie vornehmen wollen (ggf. mit Prioritätensetzung im Rahmen einer Votierung)
3. Schritt	Bezirksamt erarbeitet einen Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der von der BVV beschlossenen Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger	Verwaltung erarbeitet einen veränderten Entwurf eines Haushaltsplans, in dem die Vorschläge der Bürger/innen ggf. berücksichtigt sind, verbunden mit Ansatz erhöhungen bzw. Vorschlägen, welche Ansätze zum Ausgleich abgesenkt werden sollen.
4. Schritt	BVV beschließt den Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der eingearbeiteten und besonders ausgewiesenen Vorschläge der Bürger/innen incl. dafür erforderlicher Mittel.	Stadtverordnetenversammlung befasst sich erneut mit dem Haushaltsplan und beschließt ggf. über notwendige Änderungen der Ansatzbildung.
5. Schritt	Verwaltung setzt die beschlossenen Vorschläge im Rahmen der Haushaltswirtschaft um und berichtet darüber.	Verwaltung setzt die beschlossenen Vorschläge im Rahmen der Haushaltswirtschaft um und berichtet darüber.

In Lichtenberg kommen zunächst die Bürgerinnen und Bürger zu Wort, daran anschließend die politischen Entscheidungsträger.

In anderen Städten und Gemeinden setzen zunächst die politischen Entscheidungsträger Prioritäten, daran anschließend wird das Votum der Bürgerinnen Bürger zu evtl. Korrekturen eingeholt.

Vorschläge

zu 12.

Welche Vorschläge sind in den jeweiligen Jahren gemacht worden? Bitte aufschlüsseln nach Jahren und Sachgebieten.

Die Gesamtzahl der eingereichten Vorschläge im Verhältnis zur Anzahl der Beteiligten ist in folgender Tabelle dargestellt.

Bürgerhaushalt	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Zahl der Vorschläge	367	182	378	232	241	258
Zahl der Beteiligten insgesamt	4.048	4.140	4.150	5.794	8.130	7.989

Eine Auflistung nach Sachgebieten bzw. hier Themenbereichen im Bürgerhaushalt ist nur für die Vorschläge möglich, die letztlich über die Votierungsverfahren in die TOP Listen aufgenommen wurden.

Bürgerhaushalt Themen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt
Bibliotheken	11	5	2	3	2	2	25
Gesundheit	3	5	5	1	4		18
Kinder und Jugend	15	20	23	10	8	8	84
Kultur	14	10	10	7	3	5	49
Musikschule			2				2
Öffentliches Straßenland	18		15		11	20	25
Schule			2		3		5
Senioren	9	6	8	7	11	3	44
Sport	11	5	5	5	5	1	32
Stadtentwicklung			2				2
Soziales/ Stadtteilprojekte			24	30		3	57
Umwelt und Natur	15	18	23	13	24	20	113
Volkshochschule	4	5	1		2	2	14
Wirtschaft	7	8	5	1		1	22
Zuordnung im Bürgerhaushalt nicht	12	37	2				51

möglich							
Übergreifend			10		2		12
Gesamtzahl der Vorschläge	119*	119*	140*				
der BVV zur Beratung übergebene Vorschläge	42	40	31	78	75	65	331

* In den Jahren 2007 bis 2009 wurden noch alle in den Bürgerversammlungen votierten Vorschläge (TOP 20 bzw. TOP 5) einem Redaktionsteam übergeben, welches die Vorschläge, wo möglich, inhaltlich zusammenfasste bzw. Vorschläge nach Kategorien sortiert (Investitionen, Zuwendungen, Zuständigkeiten außerhalb des Bezirksamtes, nicht steuerbare Aufgaben, Sonderempfehlungen an die BVV) ausschloss. Die vom Redaktionsteam erarbeitete Liste mit den in der letzten Zeile aufgeführten Vorschlagszahlen wurde dann auf den 3 Votierungswegen zur Abstimmung gegeben.

zu 13.

Welche davon wurden zur Umsetzung von der BVV beschlossen?

Das Bezirksamt verweist hierzu auf folgende Drucksachen und deren Anlagen:

Vorschläge der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt 2007 bis 2011 (Bürgerhaushalt)

Bürgerhaushalt 2007: DS/1719/V
 Bürgerhaushalt 2008: DS/0217/VI
 Bürgerhaushalt 2009: DS/0680/VI
 Bürgerhaushalt 2010: DS/1201/VI
 Bürgerhaushalt 2011: DS/1624/VI

Bürgerhaushalt	2007	2008	2009	2010	2011	2012
der BVV zur Beratung übergebene Vorschläge	42	40	31	78	75	65
davon abgelehnt	5	3	-	13	12	**
Davon zur Umsetzung beschlossen	37	37	31	65	63	**
umgesetzt	32	28	25	43*	**	**
in Umsetzung/Planung	5	6	5	15*	**	**
nicht umgesetzt	-	3	1	7*	**	**

* Abschlussbericht zur Umsetzung 2010 ist derzeit in der Abfrage, Daten daher unter Vorbehalt

** hierzu können noch keine Aussagen getroffen werden

zu 14.

Welche Vorschläge wurden umgesetzt und wie?

Das Bezirksamt verweist hierzu auf die im Internet unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de unter „Informieren/Downloads“ veröffentlichten Unterlagen zu den Umsetzungsberichten der jeweiligen Bürgerhaushaltsjahre.

zu 15.

Welche Vorschläge konnten aus welchen Gründen nicht umgesetzt werden?

Folgende, von der BVV zur Umsetzung vorgesehenen, vier Vorschläge (Bürgerhaushalt 2007 – 2009) konnten nicht umgesetzt werden:

Bürgerhaushalt 2008

Vorschlag 870005: Modellprojekt zur Erstellung eines Bonusprogramms

Begründung:

Aufgrund von Personalengpässen fand die geplante Kooperation mit der bundesweiten Kampagne der BzGA „Ich geh´ zur U! Und Du? Eine Aktion zur Erhöhung der Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen im Kindesalter“ im Bezirk Lichtenberg nicht statt. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Berlin zwar gegenwärtig noch nicht über ein verbindliches Einladewesen für die Vorsorgeuntersuchungen verfügt, sich aber in Planung befindet. Zusätzlich wird bereits seit Mitte 2008 eine Früherkennungsuntersuchung, U7a, zwischen dem 34. und 36. Lebensmonat vorgenommen, um die Lücke bei den Untersuchungen im Vorschulalter zu schließen. Aufgrund dieser Entwicklungen ist von der Umsetzung der Ursprungsidee eines Modellprojektes abzusehen.

Vorschlag 870028: Solarbeleuchtung für den Wanderweg Malchower See

Begründung:

Eine Verpflichtung Berlins zur Beleuchtung von Wegen innerhalb von gewidmeten Grünanlagen besteht nicht [§5 (2/3) GrünanlG]. Zur Umsetzung des Vorschlages werden ca. 35 Leuchten benötigt. Nach vorsichtigen Kostenschätzungen (11.2007) ist mit rund 42.000 € zur Realisierung zu rechnen.

Der Bezirk kann für dieses Projekt keine Mittel zur Verfügung stellen; eine Umsetzung ist somit nur über Drittmittel – zum Beispiel eine Stiftung möglich.

Die Unterhaltung und Wartung einschließlich Personalkosten der Beleuchtungsanlage ist ebenfalls über Drittmittel zu sichern.

Vorschlag 870030: Weniger Hundekot auf den öffentlichen Wegen und Plätzen durch Dog-Stations und Hunde-Auslaufgebiete

Begründung:

Für die Beseitigung von Verunreinigungen auf öffentlichen Wegen (Straßenland) ist die BSR zuständig. Im Fachvermögen bzw. der Zuständigkeit des Amtes für Umwelt und Natur gibt es keine Hundenauslaufgebiete; das Angebot von Dog – Stationen (Hundetoiletten) in ausgewählten Grünanlagen hat sich **nicht** bewährt.

Die Anlagen sind innerhalb kürzester Zeit dem Vandalismus zum Opfer gefallen bzw. wurden zweckentfremdet genutzt (zum Beispiel wurden die Tüten mit Sand gefüllt und als Wurfgeschöß verwendet). Dies verursachte einen deutlichen Mehraufwand bei der Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen (zum Beispiel: Wustrower Park).

Hinweis: Für die Beseitigung der Hinterlassenschaften seines Vierbeiners ist jeder Hundehalter selbst verantwortlich. Es kann nicht die Aufgabe der Allgemeinheit sein, zusätzliche Angebote verbunden mit erheblichen Kosten für die Hundehalter vorzuhalten.

Bürgerhaushalt 2009

Vorschlag 9-88-18: Drehkreuz Sportanlage Wartenberg

Drehkreuz als Zugang zum Stadion Wartenberg (Schweriner Ring). Das Stadion Wartenberg ist oftmals am Wochenende für Freizeitsportler verschlossen. Ein Zugang per Drehkreuz würde Sportlern eine uneingeschränkte Nutzung des Stadions ermöglichen.

Begründung:

Der Einbau eines Drehkreuzes ist mit Kosten in Höhe von ca. 6.000 € verbunden. Die Mittel hierfür konnten auf Grund der knapp bemessenen Haushaltsmittel und anderer Prioritätensetzung bislang nicht aufgebracht werden. Im Regelfall ist das Tor während der Öffnungszeiten der Sportanlage am Schweriner Ring geöffnet. Der auf der Sportanlage beheimatete Verein, der Wartenberger SV, lehnt das Drehkreuz ab. Der Vorschlag wurde nicht umgesetzt

zu 16.

Wie bewertet das Bezirksamt den Grad und die Qualität der Umsetzung?

Das Bezirksamt kann hierzu verbindliche Aussagen über die bisher abgeschlossenen Bürgerhaushaltsjahre 2007 bis 2009 treffen. Der Abschlussbericht zur Umsetzung für das Jahr 2010 ist momentan noch in der Abfrage, das Umsetzungsjahr 2011 hat gerade erst begonnen.

Für die fünf Bürgerhaushalte 2007 bis 2011 wurden der BVV insgesamt 266 Vorschläge zur Entscheidung vorgelegt. Davon wurden 33 Vorschläge abgelehnt.

Für die bisher abgeschlossenen Bürgerhaushaltsjahre 2007 bis 2010 waren 170 Vorschläge zur Umsetzung vorgesehen. Davon wurden bisher 128 Vorschläge umgesetzt und weitere 31 befinden sich derzeit in der Umsetzung (inklusive der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2010). 4 Vorschläge aus den Jahren 2007 bis 2009 konnten wie unter Punkt 15. aufgeführt nicht umgesetzt werden. Für weitere 7 aus dem Jahr 2010 könnte dies auch zutreffen, der Abschlussbericht bleibt hierzu noch abzuwarten.

Anteilmäßig betrachtet liegt der bisherige Umsetzungsstand für 2007 bis 2009 somit bei ca. 96 %.

Aus Diskussionen in den Evaluationsworkshops und Hinweisen aus der Bürgerschaft ist dem Bezirksamt bekannt, dass mehr Transparenz bei der Berichterstattung über die Umsetzung der Vorschläge gewünscht wird. Das Bezirksamt arbeitet an einer kontinuierlichen Verbesserung.

Vorschau

zu 17.

Wie bewertet das Bezirksamt die Entwicklungen rund um den Bürgerhaushalt in Lichtenberg?

- Engagement der Bürger/innen
Das Bezirksamt ist beeindruckt von dem Engagement und der Beharrlichkeit der Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger. Jährlich bringen sich rd. 8.000

Bewohnerinnen und Bewohner auf unterschiedlichen Wegen in den Beteiligungsprozess ein. Jedes Jahr kommen neue Bürger hinzu, andere legen eine Pause ein.

- Verzahnung von Stadtteilarbeit und Bürgerhaushalt
Die Vernetzung von Stadtteilarbeit, Stadtteilentwicklungszielen, Bürgerkommune und Bürgerhaushalt hat die Beteiligungsbereitschaft beflügelt. Es zeigt sich, dass das Interesse an der Beteiligung wächst, je intensiver das unmittelbare Wohnumfeld tangiert ist.
- Wahrnehmung des Bezirks
Der Bezirk Lichtenberg ist aufgrund seiner Aktivitäten und seiner Erfahrungen auf dem Gebiet der partizipativen Haushaltsplanung im In- und Ausland ein gern gefragter Ratgeber.

zu 18.

Welche Veränderungen werden in den nächsten Jahren angestrebt?

Wie bereits unter Pkt. 2 ausgeführt, wird es einige den Lichtenberger Bürgerhaushalt prägende Merkmale geben, die auch in künftigen Jahren nicht verändert werden.

Darüber hinaus hat es sich bewährt, jährlich mit den Organisatoren, Bürgerinnen und Bürgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung nach Ende eines Beteiligungsprozesses gemeinsam zu diskutieren, welche Elemente und Instrumente sich bewährt haben und was im nächsten Durchlauf noch weiter verbessert werden kann. Vorschläge in diesen Evaluations-Workshops werden mit dem Begleitgremium diskutiert und der BVV zur Beschlussfassung vorgelegt.
Für den Bürgerhaushalt 2013 sollen z.B. erstmalig auch die Senatsverwaltungen mit ihren vielfältigen Aktivitäten in Lichtenberg einbezogen werden.